Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Mittwoch, den 12. März 1919

Nummer 119 • Abend-Ausgabe

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 75 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Wüten des Standrechts.

Das Standrecht.

Die standrechtlichen Erschießungen in Berlin nehmen eine schreckhafte Höhe an. Gestern sind wiederum 24 Matrosen erschossen worden. Es handelt sich dabei nicht um Aufständige, die mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend gefangen genommen worden sind. Die Matrosen wurden vielmehr in einem Hause, Französische Straße 32, festgenommen. Dort befand sich die Kassenverwaltung der Volksmarinedivision. Regierungstruppen haben in den Morgenstunden des 11. März das Grundstück besetzt. Da an diesem Tage Löhnung war, nahmen sie an, daß viele Matrosen kommen und ihr Geld abheben würden. Das ist denn auch geschehen. Die Ankommenden wurden gefangengesetzt und 24 von ihnen an Ort und Stelle standrechtlich erschossen. Etwa 250 Personen wurden unter starker Bewachung nach dem Zellengefängnis Moabit transportiert.

Der offizielle Bericht versucht die Erschießung damit zu rechtfertigen, daß sich die Matrosen der Festnahme widersetzt und aus Revolvern geschossen hätten. Außerdem will man in der Kassenverwaltung viel Munition, darunter auch Dum-Dum-Geschosse, gefunden haben. Daß in einer militärischen Dienststelle Waffen und Munition untergebracht sind, ist selbstverständlich. Damit läßt sich die Erschießung der Matrosen in keiner Weise rechtfertigen.

Es bliebe also die Widersetzung mit der Waffe in der Hand als Entschuldigungsgrund für diese grausame Hinschlachtung von 24 Menschenleben übrig. An dieser Widersetzung muß aber stark gezweifelt werden, denn derselbe Bericht, der zu melden weiß, daß die Matrosen auf Regierungstruppen mit Revolvern geschossen hätten, sagt später, daß die Aktion der Regierungstruppen so geschickt geleitet worden wäre, daß die Bewohner der Nebenhäuser von der Gefangennahme der aufständischen Matrosen nichts gemerkt hätten. Wenn die benachbarten Bewohner die Schießerei nicht gehört haben, dann beweist dies nur, daß von den Matrosen nicht geschossen worden ist. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Matrosen, nachdem sie wußten, daß das Standrecht verhängt war, sich bewaffnet durch die Straßen der Stadt in die Kassenverwaltung begeben haben. Bei der starken militärischen Sicherung wären sie sicher unterwegs schon dutzende Male angehalten, nach Ausweisen und Waffen durchsucht worden, wie es mit jedem einzelnen Matrosen geschieht, der sich auf der Straße sehen läßt.

Der grausame Vorgang bedarf unbedingt der Aufklärung. Die Zahl der standrechtlich Erschossenen erreicht nach den in die Presse gelangten Meldungen bereits schon die Zahl von mindestens 200. Viele andere Fälle sind nicht publiziert worden. Grausamer hat die Schreckensjustiz eines Stolypin nicht gewaltet, wie jetzt in Berlin unter einer sozialistischen Regierung.

Ein Augenzeuge berichtet uns: Dienstag abend 8 Uhr wurde in der Gormannstraße unmittelbar vor dem Arbeitsnachweis von 4—5 Angehörigen der Regierungstruppen ein Mann angehalten. Bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß er einen Revolver bei sich hatte. Man stellte ihn an die Wand und erschoß ihn, obwohl er nicht gegen die Regierungstruppen gekämpft hatte.

Das Standrecht von den Militaristen erzwungen?

Die „Deutsche Ztg.", die natürlich über die neu errungene Herrschaft des Militarismus jubelt und ihre Ungeduld, das alte monarchistische System wiederhergestellt zu sehen, kaum mehr zügeln kann, richtet an Scheidemann folgende Anfrage:

„Ist es wahr, daß unsere Retter (die Regierungstruppen) ein Ultimatum stellen und erklären mußten, sie würden die Waffen niederlegen, wenn nicht endlich bis 7 Uhr abends die Erlösung aus der spartakistischen Hölle durch Verhängung des Standrechts ermöglicht würde?"

Die „Deutsche Ztg." fügt hinzu, daß sie an der Wahrheit dieser Behauptung nicht zweifle. Wir selbst haben nachgewiesen, daß die Verhängung des Standrechtes absolut ungesetzlich ist. Hat Herr Scheidemann wirklich dem Drängen der Militaristen nachgegeben, so beweist das einmal, daß die Militärherrschaft bereits wieder die Oberhand über die Zivilgewalt errungen hat und was das bedeutet, braucht nicht erst lange ausgeführt zu werden.

Dann aber hätte Herr Scheidemann, wenn er seinen Einfluß zur Verhängung des Standrechts ausgeübt hätte, bewußt eine ungesetzliche Maßnahme veranlaßt und gehörte auf die Anklagebank!

Schrankenlose Willkür.

Wie wir bereits in unserem Artikel heute morgen dargelegt haben, ist die Errichtung von Standgerichten nach jeder Richtung hin ungesetzlich. Aber selbst bei Standgerichten müßte eine Feststellung der Schuld erfolgen. Aber gerade diese Feststellungen will man verhindern. Man will die Willkür, um ungehindert von Erwägungen des Rechts und der Gerechtigkeit seinen Rachedurst stillen zu können. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" spricht das offen aus. Sie schreibt:

„Durch die Verhängung des Belagerungszustandes und die Einrichtung außerordentlicher Kriegsgerichte ist zwar eine schnellere und energischere Bestrafung der Aufrührer ermöglicht worden. Aber eine solche Verurteilung setzt den Nachweis voraus, daß die mit den Waffen in der Hand ergriffene Person sich an einer bestimmten strafbaren Handlung wirklich beteiligt hat. An diesem Mangel einer sicheren Ueberführung scheitert in zahllosen Fällen die Bestrafung des Festgenommenen. Der Noskesche Befehl wiederholt nur das, was auch bereits in früheren Erlassen über den Waffengebrauch des Militärs angeordnet hat."

Also, weil die gerichtliche Untersuchung ergeben könnte, daß der Verhaftete sich nicht schuldig gemacht hat, muß er erschossen werden! Das sind die wahren Motive des Stand„rechts". Die außerordentlichen Kriegsgerichte arbeiten zwar schnell und energisch, aber sie untersuchen doch auch und müssen notgedrungen dort freisprechen, wo die Schuld nicht nachweisbar ist. Das aber soll durch das Standrecht verhindert werden.

Inzwischen wird überall nach dieser Methode gearbeitet. Dutzende von Menschen haben auf diese Weise ihr Leben verloren. Niemand außer uns wagt es gegen diese Willkürherrschaft, die mit Menschenleben spielt, zu protestieren. Stumm sieht der „Vorwärts" diesem Massenmorden zu: obwohl er uns gestern versicherte, mit uns das Unrecht überall bekämpfen zu wollen, schweigt er. Aber halt, wir haben ja vergessen, daß er selbst nach den Angaben seiner Anhänger Regierungsorgan ist und nicht Parteiorgan. Und diese Maßnahme geht doch von seiner „sozialisierten" Regierung aus!

Die Unterdrückung der „Roten Fahne".

Unser Protest gegen die Unterdrückung der „Republik" hat genutzt. Das Verbot ist heute aufgehoben worden. Aber noch immer halten Regierungstruppen die „Rote Fahne" besetzt und verhindern das Erscheinen der Zeitung. Soweit uns bekannt ist, ist das Verbot der „Roten Fahne ebensowenig schriftlich erfolgt und mit Gründen versehen, wie das bei der „Freiheit" und der „Republik" der Fall war. Es handelt sich also auch hier um ein willkürliches Präventiv-Verbot.

Es ist höchste Zeit, daß die Ungesetzlichkeit beseitigt wird, die nur den Eindruck erwecken kann, als ob die Unterdrückung der „Roten Fahne" nicht nur die Absicht der militärischen Gewalthaber, sondern auch die der Regierung ist.

*

Nutznießer des Belagerungszustandes.

In der Bekanntmachung Noskes vom 3. März über die Verhängung des Belagerungszustandes bestimmt § 2:

1. Alle Ansammlungen unter freiem Himmel sind verboten, alle öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen meiner Genehmigung.

Aus dieser Bestimmung geht deutlich hervor, daß nur öffentliche Versammlungen genehmigungspflichtig sind. Trotzdem teilt heute der „Vorwärts" mit, daß die S. P. D. sämtliche Mitgliederversammlungen angemeldet habe. Und zwar bei Herrn Noske! Selbstverständlich hat Herr Noske sie genehmigt. Das böse Beispiel, das die S. P. D. damit gibt, daß sie Versammlungen anmeldet, die gar nicht genehmigungspflichtig sind, dient den Regierungstruppen, die solche Versammlungen gewaltsam verhindern, zur Rechtfertigung. Die S. P. D. scheinen sich in ihrer Rolle als Nutznießer des Belagerungszustandes, die sie während des Krieges spielten, auch jetzt wieder wohl zu fühlen.

Neue Alarmnachrichten.

Es scheint, daß die militärischen Stellen, die dank der gräßlichen inneren und äußeren Politik der Regierung mehr als je eine maßgebende politische Rolle spielen, mit den Beschäftigungsmöglichkeiten im Innern nicht zufrieden sind. Plötzlich kommen wieder eine ganze Zahl von Alarmnachrichten. Wieder wird erzählt, daß die bolschewistische Armee im Anmarsch sei und die Tschechen darauf brennen, in Oberschlesien einzufallen. Nun wir zweifeln keinen Moment daran, daß diese Nachrichten genau so erlogen sind wie die früheren und daß nicht der geringste Grund vorliegt an der Aufrichtigkeit der offiziellen Erklärungen sowohl der russischen als der tschechischen Regierung zu zweifeln, sie dächten gar nicht daran, Feindseligkeiten zu beginnen.

Ist dieser Schwindel, den natürlich auch der „Vorwärts" mitmacht, offenkundig, so bedürfen andere, sehr bedenkliche Nachrichten noch der Prüfung.

Zunächst meldet eine Korrespondenz:

Die militärischen Mitglieder der deutschen Kommission in Posen haben wegen der ihnen zuteil gewordenen Behandlung und wegen des von den Mitgliedern der Entente bei den Besprechungen angewendeten Tones ihre Tätigkeit abbrechen müssen und sind von Posen abgereist.

Gleichzeitig meldet das Wolff-Bureau am 11. März:

In der Gegend von Lissa, sowie im Raume von Bentschen und Birnbaum wurden feindliche Patrouillenvorstöße abgewiesen. An der Netzefront herrschte ebenfalls rege polnische Gefechtstätigkeit. Angriffe der Polen auf Miroslaw und Podanin, südlich Kolmar, wurden mit Unterstützung der Artillerie im Nahkampf abgewiesen. Im Abschnitt südwestlich und südlich Bromberg gleichfalls lebhafte feindliche Patrouillen- und wiederholte Artillerie-Tätigkeit, die wir schließlich erwiderten. Der Ostbahnverkehr Schneidemühl—Bromberg ist unterbrochen, da die Bahn bei Nakel unter polnischem Feuer liegt.

Die verschiedenen Nachrichten scheinen sich somit zu bestätigen, wonach die Polen den Waffenstillstand nicht mehr anerkennen und ihn für beendet erklären wollen.

Wir erklären ganz offen, daß wir auch diesen Nachrichten gar keinen Glauben beimessen. Wir wissen, wie seit dem 4. August 1914 das deutsche Volk belogen und betrogen wird und das ist seit der Revolution nicht besser geworden. Wir wissen, daß die hakatistischen und militaristischen Elemente alles daran setzen, um den Waffenstillstand, den die Entente glücklicherweise erzwungen hat, wieder rückgängig zu machen. Die Polen haben nicht den geringsten Grund, der Friedenskonferenz vorzugreifen, während die Hakatisten und Militaristen unausgesetzt zum Kampf geschürt haben und dabei ja auch die Gefolgschaft der Regierung gefunden haben. Wenn es zum Bruch des Waffenstillstandes wirklich käme, müßte erst Klarheit geschaffen werden, was die Polen zu ihrem angeblichen Vorgehen bewogen hat. Den bisherigen Berichten ist nicht die geringste Glaubwürdigkeit beizumessen.

Dagegen scheinen die deutschen Behörden noch immer eine gute Anzahl Polen in Haft zu behalten, — eine aufreizende und unsinnige Maßnahme, die endlich aufgehoben werden müßte.

Neben den polnischen Scharmützeln geht der Kampf gegen die Bolschewisten weiter. Der neueste Schlachtbericht, der von Libau, 11. März, datiert ist, lautet:

Frontbericht vom 10. März. Der Kampf um Lalschew und Bahnhof Ringen war sehr schwer. Außer der gemeldeten Beute wurde weiteres zahlreiches Gerät, Artillerie, Munition und eine Fahne erobert.

Die Abteilung Schlenther hat Kurschany besetzt. Vorgeschobene Kavallerie erreichte Marjanischki (nordöstlich Popeljany).

Die Eiserne Division und die Landeswehr sind im Vormarsch auf die Linie Waddagen—Neu-Autz—Ekhof—Alt-Schrunden—Sesiglen (westlich Frauenburg)—Wormen (südlich Goldingen).

Eine bolschewistische Bedrohung Windaus wurde durch rasch zufassende Gegenmaßnahmen der Landeswehr vereitelt.

Im Baltikum machten unsere Truppen weitere Fortschritte in Richtung Schaulen und nahmen verschiedene Ortschaften.

Es wird also noch immer frisch-fröhlich weiter Krieg geführt gegen die Sowjet-Republik im Interesse unserer Militaristen und der baltischen Barone. Die äußere Politik der Regierung steht fürwahr auf der Höhe ihrer inneren Politik!

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

III.

Schlägt der Bericht der Kommissionsmehrheit die völlige Vergesellschaftung des Kohlenbergbaues als ersten Schritt vor, dem die Sozialisierung auch anderer Industrien baldmöglichst folgen müsse, so begnügt sich der Bericht der Kommissionsminderheit mit dem Vorschlage einer Verbesserung der gegenwärtigen Gesamtorganisation der Kohlenwirtschaft. Nicht die Sozialisierung ist sein Zweck, sondern die Schaffung einer gemischtwirtschaftlichen Form, bei der auch die Kapitalisten beteiligt sein sollen.

Die Minderheit sucht sich in ihren Einzelvorschlägen den augenblicklichen Verhältnissen durchaus anzupassen. Sie will weder völlige Sozialisierung der Erzeugung, noch kann sie sich zur Sozialisierung des Handels entschließen. In der Hauptsache laufen die Vorschläge der Minderheit darauf hinaus, die Bergwerke nicht in die Hand der Allgemeinheit zu überführen und die Unternehmer völlig auszuschalten, sondern nur durch die Arbeiter und Beamten der Bergwerke, der Abnehmer, und des Staates entscheidenden Einfluß auf die gesamte Kohlenwirtschaft auszuüben.

Deshalb soll ein „Deutscher Kohlenrat" Träger aller gesellschaftlichen Befugnisse und Kontrollinstanz der deutschen Kohlenwirtschaft sein. Ebensowie die Mehrheit schlägt auch die Minderheit eine Mitgliederzahl von 100 vor, während die Reichsregierung sich auf 45 beschränkt hat. Der Kohlenrat soll seine wesentlichsten Aufgaben durch seine Ausschüsse zu erledigen haben, vor allem durch den Hauptausschuß, der gegenüber der Generalversammlung sozusagen den „Aufsichtsrat der gesamten deutschen Kohlenindustrie" repräsentieren würde. Die eigentliche Arbeit wäre von einem Direktorium zu leisten, dem wesentliche Befugnisse beizulegen wären. Diesem Direktorium soll das Vetorecht gegen Preiserhöhung und sonstige Beschlüsse, die die Allgemeinheit wesentlich berühren, besitzen. Unter gewissen Bedingungen soll es die Berechtigung haben, eine Ermäßigung der Preise, eine Aenderung der Absatzpolitik oder sonstige wichtige Maßnahmen im Interesse der Allgemeinheit zu verlangen.

Nach Auffassung der Minderheit bildet die Zusammensetzung des Kohlenrats eine Gewähr dafür, daß die allgemeinen Interessen nicht zugunsten der Unternehmer geschädigt werden können, da selbst bei einem Bündnis der industriellen Weiterverarbeiter mit den Kohlenproduzenten die Majorität der Staatsvertreter, der Arbeiter und der Kommunalvertreter gesichert wäre. Andererseits schließt die Zusammensetzung, die den Unternehmern und Arbeitern 50 Prozent der Stimmen läßt, eine Politik aus, die die Fortentwicklung des Bergbaues gefährden könnte.

Die fiskalischen Bergwerke sollen durch eine völlige Trennung von Etats- und Rechnungswesen, Anstellung sämtlicher Beamter auf Privatvertrag, Abtrennung der Bergwerksverwaltung von der allgemeinen Staatsverwaltung, Heranziehung des Privatkapitals, und zwar aus dem Kohlenbergbau und dem Kreis der Abnehmer, jedoch unter Aufrechterhaltung der staatlichen Mehrheit in der Unternehmung reorganisiert werden.

Wie auch aus diesen Einzelheiten der Vorschläge der Minderheit hervorgeht, will sie im Gegensatz zur Mehrheit die Heranziehung des Privatkapitals. Ihre Auffassung ist: „daß es für die Gegenwart unumgänglich notwendig ist, den größeren Teil des Bergbaues in einer Organisationsform zu belassen, in welcher der Privatkapitalist mit seiner Initiative und seiner Verknüpfung mit der übrigen Wirtschaft stärkeren Einfluß ausübt". Die Minderheit hält es für nötig, die Tätigkeit der mitarbeitenden Kapitalisten, wo sie vorhanden ist, in ihrer ganzen Bedeutung anzuerkennen. Sie glaubt ihre Vorschläge umso ruhiger empfehlen zu können, als sie in ihnen eine weitgehende „Sozialisierung des Gewinnes", eine Ausschaltung nicht nur der monopolistischen, sondern des wesentlichen Teiles aller kapitalistischen Machtverhältnisse sieht. Sie ist der Ansicht, daß man nicht eine Industrie vollkommen aus der Verbindung mit der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung herausnehmen soll, solange die übrige Wirtschaft, mit der er verknüpft ist, noch überwiegend privatkapitalistisch orientiert bleibt.

Dieser Bericht der Minderheit findet den vollen Beifall der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", des offiziösen Sprachrohrs der Regierung. Sie weist mit Recht darauf hin, daß der Standpunkt der Minderheit der Wirtschaftspolitik der Regierung sehr nahe kommt. — Denn die Minderheit schlage auch nur eine verbesserte Gesamtorganisation der Kohlenwirtschaft vor. Wenn die „Deutsche Allgemeine Zeitung" ferner darauf hinweist, daß ihr an maßgebender Stelle mitgeteilt sei, die Berichte der Sozialisierungskommission haben keinen Einfluß auf die Stellungnahme der Regierung ausgeübt, so wollen wir das, soweit der Bericht der Mehrheit in Frage kommt, gerne glauben. Während der Mehrheitsbericht eine wirkliche Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorschlägt und sie als den Anfang der Sozialisierung auch auf anderen Wirtschaftszweigen betrachtet, sollen die Vorschläge der Reichsregierung die wirkliche Sozialisierung verhindern.

Den Gutachten der Mehrheit und Minderheit ist ein gemeinsamer Bericht der Kommission über die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und der Lohnfrage beigefügt; in beiden Fragen hat die Kommission ein einheitliches Votum abgegeben. Alle Mitglieder stehen auf dem Standpunkt, daß die Demokratie in den Betrieben ausgebaut werden soll, das bedeutet aber nicht, die technische Führung den Beamten zu entziehen oder die Bestellung der Betriebsleiter und ihre Abberufung durch ein Votum der Arbeiter vorzunehmen. Hier stehen die Interessen der Gesamtheit auf dem Spiele, tatsächlich haben aber auch die Vertreter der Arbeiter derartige Forderungen nicht erhoben. Das Prinzip der Demokratie erfordert, daß alle Fragen der unmittelbaren Arbeitsverhältnisse nur in engstem Einvernehmen mit den Wünschen der Arbeiterschaft geregelt werden. Deshalb wird ein besonderer Stufenbau von Arbeitervertretungen vorgeschlagen. Zunächst wird ein Steigerrat gebildet, die Revierräte wählen einen Zechenrat.

Besonderer Wert ist auf die Entlohnung der Arbeiter zu legen; die Kommission schlägt hier einstimmig vor, daß die individuelle Leistung berücksichtigt werden soll. Es soll durch ein Prämiensystem das materielle Interesse aller in der Kohlengemeinschaft Tätigen am volkswirtschaftlichen Erfolg der Arbeit geweckt werden. Der Lohn soll so bemessen werden, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters voll entfaltet wird. Die Bezüge der mittleren Beamten sollen im wesentlichen nach denselben Grundsätzen bemessen werden, jedoch erscheint es zweckmäßig, bei ihnen das Prämienelement stärker in Erscheinung treten zu lassen.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Schlußbemerkung des Berichts, die sich einmütig dafür ausspricht, daß, wie alle Fragen der Sozialisierung, zunächst auch die der Bergwerke Reichssache sein müßte, und daß weder Empfindlichkeiten noch finanzielle Sonderinteressen partikularistischer Natur eine andere als zentralistische Regelung herbeiführen sollten. Die Kommission spricht jedoch genau so scharf ihre Meinung dahin aus, daß eine Konzentration der gesamten Rechte und Einnahmen aus der Sozialisierung der Bergwerke auf das Reich gerechterweise nur dann vorgenommen werden dürfe, wenn auch die übrigen Naturschätze und Naturkräfte in gleicher Weise aus der bisherigen einzelstaatlichen Verwertung in die des Reiches überführt werden".

Gegen den Aemterschacher.

Um sich im Amte zu halten, hatte Herr Hänisch die Absicht, das Kultusministerium zu teilen und noch je einen Zentrumsmann und einen Demokraten zum Minister machen zu lassen. Dieser Vorschlag hat die Sozialistische Studentenpartei der Universität Berlin veranlaßt, folgende Resolution anzunehmen und Herrn Ebert und Scheidemann zu unterbreiten.

„Die Sozialistische Studentenpartei ist der Ansicht, daß die Verwirklichung des Sozialismus abhängt von der sozialistischen Gesinnung der künftigen Generation. Diese Durchführung des Sozialismus ist demnach eine Erziehungsaufgabe. Die Sozialistische Studentenpartei verlangt daher, daß bei der Neubesetzung der preußischen Ministerposten auf dem Sessel des Kultusministers nur ein Sozialdemokrat zu sitzen kommt."

Die Vertrauensleute der S. P. D. gegen die Regierung.

In einer Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute und Funktionäre, die sich über den Generalstreik in Berlin aussprach, kam es zu einer interessanten Aussprache. Wir entnehmen darüber dem Bericht des „Vorwärts":

Brolat sagte, die Arbeiterschaft hat den festen Willen, an dem Aufbau des neuen Deutschland mitzuarbeiten, aber wir sehen, daß von der Nationalversammlung nicht viel zu erwarten ist. Es war ein großer Fehler, daß die „Freiheit" verboten wurde. (Zustimmung.) Früher waren wir stolz darauf, daß der „Vorwärts" in der Berichterstattung durchaus zuverlässig war, wenn er auch manchmal hinter der bürgerlichen Presse herhinkte. Jetzt ist das leider anders geworden. In der Lichtenberger Angelegenheit hat der „Vorwärts" einen unwahren Bericht gebracht.

Strasser (Vorsitzender der Fraktion der S. P. D. im Arbeiterrat): Bei dem Streik drehte es sich um die Anerkennung des Rätesystems als wirtschaftliche Vertretung der Arbeiter. Wenn wir uns haben ins Schlepptau nehmen lassen müssen, so liegt die Schuld bei der Regierung und bei der Parteileitung. Noch am 26. Februar erklärte die Regierung, daß für die Arbeiterräte kein Platz in der Verfassung sei. Aus dieser schon vorher bekundeten Ablehnung des Rätesystems erklärt es sich, daß sich unter den Arbeitern viel Zündstoff angesammelt hat. Hätte die Regierung schon vor vier Wochen erklärt, das Rätesystem solle in der Verfassung verankert werden, dann wäre der Streik nicht gekommen, und alle die Arbeiter, die in letzter Zeit von uns abgeschwenkt sind, ständen heute noch in unserem Lager. Der „Vorwärts" und die Berliner Parteileitung tragen an der Verwirrung der Massen viel schuld. (Zustimmung.)

Simmel führte aus, die Arbeiterräte seien eine Herzenssache für die Arbeiter geworden, aber die Regierung habe kein Verständnis dafür gezeigt. Die Partei müsse ein klares Aktionsprogramm aufstellen. Die Kompromißpolitik der Koalitionsregierung könnten wir nicht als sozialdemokratisches Programm gelten lassen.

Bergmann sagte, der „Vorwärts" betrachte sich als Regierungsorgan. Er solle aber unser Parteiorgan sein und nicht mit der Regierung durch dick und dünn gehen.

Die ersten Lebensmittel-Lieferungen.

Duisburg, 11. März. Mit einem Dampfer der Rhein- und Seeschiffahrts-Gesellschaft Köln trat heute hier der erste Lebensmitteltransport für den hiesigen Industriebezirk ein. Es handelt sich um etwa 3500 Sack Weizenmehl.

Ueberall Hetznachrichten.

Die bürgerlichen und Regierungs-Blätter brachten eine Alarmmeldung aus Mülheim. Dort sollten „spartakistische Arbeiter" sämtliche Hochöfen durch Ausblasen völlig zerstört haben. Und an diese Meldung wurden gleich wieder die gehässigsten Bemerkungen geknüpft.

Heute muß Wolffs Bureau schon wieder dementieren. Es meldet:

Mülheim a. Ruhr, 11. März. Die heutige Meldung über ein Ausblasen der Hochöfen bei der Friedrich-Wilhelms-Hütte entspricht nicht den Tatsachen und ist folgendermaßen zu berichtigen: Die Erzfahrer der Hochofenabteilung wünschten eine Auszahlung der Löhne am Montag. Da dies aus verschiedenen Gründen unmöglich war, weigerten sie sich, weiter zu arbeiten, so daß das Werk selbst sich genötigt sah, die Hochöfen stillzulegen.

Inzwischen aber hat die erste erlogene Nachricht die beabsichtigte Wirkung [illegible]. Ueberall heißt es: Im Ruhrrevier hausen die Spartakisten „schlimmer" als die Bolschewisten. Das ist zwar gelogen. Aber es wird geglaubt.

Freibühnen!

Von Albert Ehrenstein.

Etwa 120 Jahre benötigte die revolutionäre Schallwelle für den Weg von Frankreich nach Rußland. Schoartig rückprallend erreichte sie schließlich Deutschland, und marschiert jetzt wieder nach dem Westen. Die Zeit altert rasch. Es gibt schon Feldwebel der Revolution. Die schönsten Symbole zerfallen abgegriffen, grau; die sündige Menschheit stammelt: „Ich werd' schon brav sein," beschwichtigt sich im lärmenden Wirbel etlicher fadenscheiniger Aenderungen — aber mittlerweile verwittern die Ideale und Zukunftsträume im Blendwort; ehe sie durch die erfüllende Tat wahr geworden, sterben sie früh hin an der Arteriosklerose: Phrase. Wirkliche Weltänderung müßte in jedem Winkel ersichtlich sein. Aber noch sind alle Spinnwebwinkel und Marktplätze Europas von völkisch gesinnten Judianerstämmen bewohnt. Ist Besserung zu erwarten? Warum machte die „Revolutionsmode" am Ural halt? Asien wird von Völkern bewohnt, denen Religion nicht aufgeklebt wurde, denen vielmehr das Ethos an, in die Seele drang. Die oberflächlich, anstrichsweise christianisierten Barbaren Europas müssen erst zum Gegenstand einer innerlichen Mission gemacht werden. Der Papst vergaß im August 1914, alle Kämpfenden, Tötenden in den Bann zu tun. Das Christentum kapitulierte vor dem Kapital. So muß man der Menschlichkeit mit jedem Mittel zu Hilfe kommen. Reicht Christus nicht aus, muß man Buddha und Laotse zu Hilfe rufen. Reichen Tempel und Kirchen nicht aus, müssen Schule und Bühne dem guten Zwecke dienen. Es muß sein. Das Schwerste: Selbstentsagung, läßt sich nicht lehren. Der Wille zur Gemeinschaft scheiterte an Kains Bruderliebe. Wir sind keine Götter, Buddha verzichtete im dreißigsten Jahre seines Lebens auf das Irdische der Erde. Der Kämpfer, Selbstzerfleischer Tolstoi wurde 60 Jahre alt, ehe er sich firmte, konfirmierte, allen selbstischen Besitz niederrang, abtat, floh. Wir würden vermutlich das Alter Methusalems nötig haben, ehe es uns einfiel, auf Weib und Fleisch, Genuß und Rausch zu pfeifen. Schwer erreichbar, fast unerreichbar ist uns fleischfressenden Raubtieren die sittliche Höhe, „kleine" Anhöhe des Vegetariers, des Nichtmörders der Tiere. Altes und neues Testament, Hiobspost und Evangelium verbieten nicht den Zweckmord tierischen Lebens. Vielleicht hätte in diesem Punkte vor Generationen die Reform des Christentums und Judentums menschenerzieherisch, blutstillend, kriegsverhindernd eingreifen müssen — mit christlichen oder jüdischen Klöstern, mit beschaulichen Anachoreten oder — dekorativer — zionistischen Balletten ist uns nicht gedient.

In Wahrheit stehen Kirchen und Tempel innerst leer. Dem religiösen Menschen am nächsten verwandt ist der künstlerische Mensch. Aber seit 100 Jahren erstand in Europa kein Heiligtum. Keine Kirche, die ein neues Kunstwerk ist — wir stolpern in den Städten immer nur über Kopien, verlogene Nachäffungen gotischer Domgebete. In Kirchen, die ein Nachhall sind gewesener großer Kirchen, schallt ein Nachhall von Gebeten in unverständlichen Idiomen; Latein und Hebräisch kreuzen sich. Aber die Inbrunst ausgestorbener Völker hört Gott nicht, nahm auch nicht an das Opfer leerer, deutscher Worte, denen die böse Kriegstat folgte.

Der Mensch war immer schlecht. Den Griechen, denen Kunst und Gottesdienst Eines war, den Athenern widerfuhr eines Menschenverächters perikleische Ohrfeige: er warf den Bürgern Geld an den Kopf, drückte ihnen Geld in die Hand, Theoriken, auf daß sie sich die gottgefälligen Werke und Opferhandlungen der großen Tragiker anhörten, ansähen. Perikles gab dem Publikum Gelegenheit, bei höchster Kunst rach Brot zu geben. Es handelt sich da um mehr als das einzige wissenswerte Datum der Theatergeschichte, es war der große Versuch, die Kunst zu popularisieren, sie dem Volke zu schenken, reine, ungetrübte Kunst dem sorgenlosen Volke. Wurde damals unter blauem Himmel eine uns immer noch zu Herzen gehende, hochgipflige Volkskunst den Griechen beschert, wir Nebelmenschen, niedergedrückt von Schlacht und Schlächtern, Hunger und allen grauen Sorgenwolken — wir haben den guten Abend noch viel nötiger.

Aber über unser Volk ist der idiotische Irrsinn der zahllosen Kabarets, Couplettkneipen, Animierdielen verhängt. Keine Zensur verbietet die Aufführung aller Operetten, die nicht Offenbach zum Urheber haben. Kein Arbeiter- und Soldatenrat erbarmt sich des Kinos, langweilige und verlogene Filme verbietend; so darf das Kinogeros auch weiterhin den Geschmack zertrampeln, die Volksseele verkitschen. Man will nicht zur Besinnung kommen, sucht im Lärm des Vergnügens, der zeittötenden Unterhaltung Selbstvergessenheit. Das Geschnarch der Biertrinker übergröhlt die schwachen Atemzüge des Geistes. Er spricht matt durch die bilderverwüsteten Kirchentempel, er spricht schwer verständlich durch die tausend Dichtungen der gebildeten Klassiker aller Zeiten.

Man muß dem Geist, der Vernunft Hilfe bringen — und besonders einem besetzten Volk, das, in der Hölle durchhaltend, die telephonische Verbindung mit der Weltseele erzwingen wollte. Stramme Monisten wollen die Trennung von Kirche und Staat durchsetzen. Sie haben Unrecht: diese Kirche und dieser Staat sind einander wert. In Wahrheit müssen Kirche und Staat — magere und unzureichende Kräfte — gemeinsame Sache machen, verwachsen, um aus Leuten Staubknoten — Menschen zu schaffen. Kirchenstaaten, Gottesstaaten, Theokratien müßten alles Göttliche an sich reißen, das sich scheinbar außerhalb der Lehren offenbarte. Kapelle und Vortragssaal, Kirche und Bühne müssen sich in die Arbeit teilen, sonst ist die Menschheit verdammt, ewig nachzusitzen. Nicht Freibier, sondern Freibühne!

Die Ausbreitung dieser Schule im höheren Sinne — nicht der Bildung — ist zu fordern. Ein gutes Prinzip der Kirche ist nachahmenswert: es gibt noch Gotteshäuser, in denen freier Eintritt gestattet ist. Wenn die Schaubühne kein Blendwerk sein, vielmehr eine moralische Anstalt werden will, müssen alle Vorstellungen nicht nur den Diamantenbeladenen, sondern sogar den Mühseligen zugänglich sein. Das ethische Geschäft soll zum ethischen Theater werden. Die Mittel haben die Kirchen, Klöster und Kultusgemeinden, die ihre Pflicht versäumten, zur Verfügung zu stellen. Der Weg zur gottangrenzenden Kunst darf nicht durch Zöllner, Kunststeuereinnehmer verbarrikadiert werden. Es ist ein Verbrechen, daß die Reden Buddhas nur den Begüterten erschwinglich sind, so können sie nie zur Menge dringen, auf Bedürftige wirken.

Die Wucherpreise mancher Volksbühnen halten den Kleinbürger, den Proletarier einem Theater fern in dem sich, über die Logenbrüstungen hinweg, Kriegsgewinnler und Revolutionsverdiener die Hände reichen. Die dramatischen Moralisten der Erde, von Aischylos bis Wedekind, haben ein Recht darauf, die kommenden Menschenherzen zu formen. Der arme Gymnasiast, der bisher das deutsche Drama durch das noch kümmerlichere Medium des Deutschprofessors betrachten mußte, er atme auf im Shakespearezyklus: der Staat, der für einen noch länger währenden Krieg sicherlich Geld aufgetrieben und Anleihe eingetrieben hätte, er möge nicht kneifen vor Freikartensystemen. Auf Kanzeln und Bühnen, in Volks- und Arbeiterheimen diene das gesprochene Wort nicht der weltverelendenden Geldpolitik, sondern dem Gott und dem Menschen.

Bilder aus dem Berliner Osten.

Uns wird geschrieben: Im Südosten war bis Sonnabend alles ruhig. Am Wendenplatz vergnügten sich die Kinder in Scharen. Plötzlich ändert sich das Bild. Ein Trupp Noskegarden kommt an: sturmhelmbedeckt, mit Maschinengewehren und sonstigen Kulturkampfmitteln. Vorweg 5 bis 6 Mann mit schußbereiten Parabellumpistolen in der Hand, fortwährend Schreckschüsse abfeuernd und „Straße frei" brüllend. In wildem Entsetzen flüchtet alles in die Häuser.

Resultat: die Frau eines Destillateurs am Wendenplatz und ein Kind tot. Darauf rissen die Truppen die Bänke am Wendenplatz und den Sandkasten heraus und bauten eine Barrikade. Da sich Spartakisten durchaus nicht sehen lassen wollten, rückten die Herrschaften wieder ab. Tags darauf stand im „Tageblatt zu lesen: „Nach Feuergefecht Erstürmung der Barrikaden und Besetzung des Görlitzer Bahnhofs." Die Nachricht war erlogen. Am Montag wurde der Südosten „geräumt". Durch die Wiener Straße jagten zwei Panzerautos wie besessen hin und her und schossen. Unter anderem wurde die Druckerei der Firma R. Bosse beängstigt und das Geschäftshaus dieser Firma wurde mit Kugeln gepflastert.

Auch an der Zwillingsbrücke wurde Montag geschossen. Resultat: zwei Tote, ein Mädchen verwundet, natürlich harmlose Passanten.

Am Sonntag war ich in Lichtenberg. Ich sah mir die Gegend des Ringbahnhofes an. Dies der Befund: Die Ueberführung der Stadtbahn war im Mittelbogen durch zwei bis drei umgestürzte Lastwagen verbarrikadiert. Weiter zurück, an der Möllendorfstraße, standen vier Maschinengewehre mit Bedienung. Zivilisten sah ich hier nicht. Im Stadtpark standen noch weitere Maschinengewehre, jedoch keinerlei Geschütze. Gegen diese „Hauptfestung" der Spartakisten wurde seit zwei Tagen mit allen Großkampfmitteln „gearbeitet", Artillerie, Minenwerfer und Fliegerbomben wurden verwendet. Bis zum Sonntag nachmittag kam in die Straße aber gerade nur ein Treffer. Die übrigen, fast durchweg schwere Minentreffer, saßen in den oberen Stockwerken der angrenzenden Gebäude. Die Wirkung mag sich jeder ausdenken, der die dortigen dichtbevölkerten Straßenzeile kennt.

Der Jammer und das Entsetzen ist namenlos. Und das alles gegen etwa, hoch gerechnet, 100 Menschen. Geschossen wurde in der Regel vom Strausberger Platz. Gerade wie ich an dem Eckhaus Kronprinzenstraße stand, kam ein Volltreffer in dieses Gebäude. Nun mag sich jeder Mensch ausmalen, wie es dort seit Sonntag nacht zugehen mag, wenn das bisher Geleistete nur Vorarbeit war.

Artilleriekampf in Lichtenberg.

In der Warschauer Straße haben gestern abend wieder heftige Artilleriekämpfe stattgefunden. Eine Reihe von Häusern ist wiederum zerschossen worden. Die Regierungstruppen bringen neben den Minenwerfern, die eine furchtbare Verheerung anrichten, auch 15-Zentimeter-Geschütze zur Anwendung. Die in der Frankfurter Allee befindlichen Barrikaden wurden zusammengeschossen und es gelang den Angreifern, sich näher an die Aufständigen heranzuarbeiten.

Auch der Bahnhof Frankfurter Allee wurde von den Regierungstruppen mit Minenwerfern beschossen. Das Eckhaus in der Petersburger Straße, in dem sich eine Filiale der Deutschen Bank befindet, ist durch eine Mine vollständig zerstört worden, ebenso die Gemeindeschule in der Petersburger Straße 8. Die Aufständigen haben das Feuer mit Revolverkanonen und Maschinengewehren erwidert. Sie sollen große Verluste erlitten haben. Die Warschauer Brücke wurde von den Regierungstruppen genommen.

Die bürgerliche Presse behauptet, die Aufständigen hätten gestern wieder Fliegerbomben geworfen. Wir können an diese Nachricht solange nicht glauben, bis die Regierungstruppen nachgewiesen haben, von welchem Flugplatz aus die spartakistischen Flieger aufsteigen. Schon vorige Woche meldete die sattsam bekannte Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Spartakistenflieger aus Korbus hätten Bomben auf die wehrlose Bevölkerung abgeworfen. Die Inspektion der Fliegertruppen bezeichnete diese Meldung als unwahr. Tatsächlich sind diese Bomben von Regierungsfliegern abgeworfen worden. Am Schönhauser Tor wurden dabei am Sonnabend mittag gegen 30 friedliche Bürger getötet und verwundet.

Die Regierungstruppen scheinen sich dieser Schandtat nachträglich geschämt zu haben und schoben sie deshalb den Korbusser Fliegern zu. Obwohl die gesamte bürgerliche Presse, der „Vorwärts" mit eingeschlossen, die erlogene Meldung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Fettdruck brachten, wurde die Richtigstellung der Fliegerinspektion unterschlagen.

Ein grausames Kampfmittel.

Eines der grausamsten Kampfmittel sind die Minenwerfer. Herr Noske wollte sie schon in den Januarwochen in großem Maße gegen die Aufständigen anwenden, und er erbat sich daher vom 3. Armeekorps 800 schwere Minen. Der Soldatenrat lehnte damals die Auslieferung ab, weil er mehr Verantwortlichkeitsgefühl besaß als Herr Noske und seine Hintermänner. Er erklärte Herrn Noske, daß die Minen in einem geschlossenen Häuserkomplex eine derartige Verheerung anrichten, daß ihm sein Verantwortlichkeitsgefühl die Anwendung dieses Kampfmittels nicht geboten erscheinen lasse.

Jetzt wird mit Minen wie toll geschossen. Es ist aber eine erwiesene Tatsache, daß sich durch Minenwerfer nur selten ein sicherer Schuß abgeben läßt. Im Felde waren in der Regel 8—10 Schüsse notwendig, um sich auf ein Ziel richtig einzuschießen. Bei schwerer Minenbeschießung der feindlichen Stellungen mußte der vorderste Graben geräumt werden. Jetzt wirft man diese Minen wahllos in die Häuserblocks hinein. Man ist damit der Aufständigen noch nicht Herr geworden. Lediglich zwecklose Zerstörungen an Häusern wurden angerichtet, unschuldige Frauen und Kinder dabei getötet.

Die Minenbeschießung stellt eine vollkommene Planlosigkeit des Angriffs dar und läßt sich in keiner Weise rechtfertigen.

Wer hat angefangen?

Der Vorrat an Greuelmeldungen ist erschöpft. Aber ein alter Mann teilt dem „Vorwärts" mit „wer angefangen hat." Zu dieser Mitteilung wird ein abscheuliches Verbrechen der Volksmarine entlarvt. Am Dienstag wurde von Matrosen eine Droschke fahrende Frau auf dem Alexanderplatz angehalten. Man stelle sich vor: diese „entmenschten Bestien" hätten da eine Frau, die mit ihrem Gepäck „eilig" zum Bahnhof wollte, beinahe nicht durchgelassen. Weil in jener Gegend jeden Moment der Kampf entbrennen konnte.

Diese entsetzliche Nachricht teilt der „Vorwärts" seinen Lesern lang und breit mit. Will er damit vielleicht rechtfertigen, daß Noske das Standrecht verhängt hat?

Heldentaten der Regierungstruppen.

Die Meinung über die Regierungstruppen sind in der Bevölkerung Berlins sehr geteilt, darüber gibt es keinen Zweifel. Eine andere Frage ist nur, ob nicht bei manchem sich die Sympathie für die Noskegarde sich in das Gegenteil verwandeln würde, wenn er auch mal in etwas unsanfte Berührung mit diesen Leuten käme, wie es vielen auch in diesen Tagen wieder passiert ist. Wir haben schon des öfteren über solche Fälle berichten können, ohne daß eine Aenderung erfolgt ist. Der „Arbeiter" Noske hat jedenfalls keine Zeit, unsere Berichte zu lesen; oder er hat nicht die Macht, hier Abhilfe zu schaffen. Das ist aber kein Grund für uns, still zu schweigen. Wir werden im Gegenteil immer wieder darauf hinweisen, daß die Einwohnerschaft Berlins kein Freiwild ist, das schutzlos Brutalitäten ausgesetzt werden darf.

Ein Arbeiter aus Wilmersdorf, der im Auftrag einer Firma am Morgen des 4. März nach Mecklenburg fahren wollte, führt bei uns Klage darüber, daß er in der Invalidenstraße von einer Patrouille angehalten worden ist und nach einem kurzen Wortwechsel von einem Feldwebel und dessen Leuten schwer mißhandelt wurde. Auf der Wache in der Chausseestraße lehnte der Wachthabende sein Angebot, sich zu legitimieren, einfach ab und ließ ihn einsperren. Nach einem vormittags durch einen Gerichtsoffizier vorgenommenen Verhör wurde der Arbeiter am Nachmittag wieder entlassen. Außer körperlichen Schmerzen und Schäden erinnert ihn aber an dieses Abenteuer ein Tag Lohnausfall, der Verlust seiner Brille usw. Seine Frage, wer ihm das alles ersetzt und für die Bestrafung der Schuldigen sorgt, dürfte wohl nie beantwortet werden.

Ueber den von Regierungstruppen verübten Einbruch in unser Berliner Parteibureau in der Schicklerstraße haben wir schon kurz berichtet. Nach näheren Erkundigungen können wir diesen Bericht noch wie folgt ergänzen: Am Sonnabend nachmittags, als das Bureau bereits geschlossen war und [illegible] mehr in den Räumen befand, erschienen unter Führung eines Oberleutnants und eines Leutnants sechs Regierungssoldaten, alle bis an die Zähne bewaffnet, und außerdem noch zwei Kriminalbeamte in Zivil. Unter Anwendung von Brechwerkzeugen — die sonst so beliebten Handgranaten traten diesmal nicht in Anwendung — wurden die Eingangstüren und sämtliche Pulte und Schränke erbrochen und der Inhalt kunterbunt durcheinandergeworfen. Wahrscheinlich suchte man Belastungsmaterial, um unsere Partei mit den aufständischen Truppen in Verbindung zu bringen, womit man aber kein Glück haben wird. Der Mitnahme für wert gehalten wurde alles Adressenmaterial für Berlin und die Provinz Brandenburg, das Hauptkassenbuch des Kassierers, Quittungen, Briefe, Mitgliedskarten, Pakete mit Flugblättern und viel Markenmaterial. Außerdem haben Liebhaber unter den Truppen es nicht verschmäht, sich daneben auch einige Bibliotheksbücher, etwas Rauchtabak und sogar einige Bleistifte anzueignen, einem Sekretär wurden aus seinem Pult auch 17 Mark bares Geld entwendet. Nach Verübung dieser Heldentaten verschwand die Truppe ebenso geheimnisvoll, wie sie gekommen war. Es sollen Angehörige des Regiments Reinhard gewesen sein. Auf dem zuständigen Polizeibureau wollte niemand mit der in so sonderbarer Weise vorgegangenen Haussuchung zu tun gehabt haben und auch nichts davon wissen. Es ist nun eine gerichtliche Untersuchung beantragt worden. Ob aber dabei etwas herauskommt, wagen wir noch zu bezweifeln.

Düsseldorf fordert Einziehung der Truppen.

Düsseldorf, 11. März. Der Arbeiterrat beschloß gestern, eine aus Mitgliedern beider sozialdemokratischen Parteien bestehende Abordnung an die Regierung nach Weimar und an das Generalkommando nach Münster zu senden, die die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Zurückziehung der Truppen fordern soll, ebenso die Durchführung von Maßnahmen, die nach Ansicht des Arbeiterrates zur Herbeiführung geordneter Verhältnisse notwendig sind.

Die gleichzeitig tagende Versammlung der Arbeiterausschüsse der Düsseldorfer Betriebe nahm ebenfalls zur Lage in Düsseldorf Stellung und faßte dieselben Beschlüsse.

* * *

Essen, 11. März. Die Gesamtzahl der Aufständigen beläuft sich in der gestrigen Mittagsschicht, Nachtschicht und heutigen Frühschicht auf 14 000 Mann gegen 15 000 gestern.

Soziales.

Ein Notschrei aus einer Lungenheilstätte.

Die Flucht in die Oeffentlichkeit unternehmen hiermit Patienten der Lungenheilstätte zu Görbersdorf i. Schles., die der Landesversicherungsanstalt Brandenburg zugehört. Sie haben schon wiederholt den Vorstand der Landesversicherung um Beseitigung der herrschenden Mißstände gebeten, sind aber bis heute ohne Antwort geblieben. Wie wir ihren Klagen entnehmen, sind die Speisen entschieden zu knapp bemessen, nicht kräftig genug gekocht und größtenteils geschmacklos zubereitet. Viele sehen sich gezwungen, ihre Kur nach kurzer Dauer abzubrechen, da von Woche zu Woche bei ihnen eine Gewichtsabnahme festgestellt worden ist. Das tägliche Milchquantum von einem Liter wird äußerst selten verabfolgt und ist außerdem fast nur als Magermilch zu bezeichnen.

Bei den jetzt herrschenden schwierigen Verkehrsverhältnissen ist für den Empfang der Patienten auch nicht das geringste vorbereitet, trotzdem sie ihre Ankunft schriftlich und sogar telegraphisch mitteilen. Auf das erste Bad können die Patienten bis zu 8 Tagen warten. Der Baderaum ist in einem dumpfigen Kellergewölbe untergebracht; hier muß jeder Patient ohne Aufsicht baden, die Reinigung der vom Vorgänger benutzten Wanne selbst vornehmen und das Bad selbst temperieren. Um überhaupt an der Kur teilnehmen zu können, müssen die Patienten laut Vorschrift der Landesversicherung, trotz der hohen Preise zwei ordentliche Anzüge, zwei Paar Schuhe und sämtliche Wäsche aus ihrem eigenen Bedarf zur Verfügung stellen. Es wird für Schuhzeugabnutzung die hortende Summe von 22 Pfennig täglich gezahlt. Eine andere Entschädigung sowie kostenlose Ausbesserung der Bekleidung und Wäsche gibt es nicht. Statt in der eigentlichen Lungenheilstätte werden die Patienten in alten Logierhäusern untergebracht. Diese Häuser sind nicht als Lungenheilstätte eingerichtet und lassen in sanitärer Hinsicht viel zu wünschen übrig. Es wird erwartet, daß die zuständigen Stellen sofort Abhilfe schaffen.

Eisner als Kämpfer für die Kunst.

Bei allem politischen Drange, der ihn im Revolutionssturme an die Spitze Bayerns trug, war und blieb Kurt Eisner doch immer die von tiefer künstlerischer Inbrunst durchdrungene Persönlichkeit. Wie er als Literat immer wieder seine Gedanken über Kunst und Leben in eindringlicher Weise formulierte, so glänzte er auch als Theaterkritiker durch die meisterhafte Art, in der er dem Wesen der Dichtung und der Dichter gerecht wurde.

Hatten seine politischen Sonntagsplaudereien im „Vorwärts" einen aesthetisch-feuilletonistischen Einschlag, so erhob er sich in seinen späteren Essays zu einer Geistigkeit, die am Neukantianismus Hekmann Cohens geschult war, in dessen Hause zu Marburg er noch seiner philosophisch-germanistischen Studienzeit verkehrte. Seine bekannte Artikelsammlung „Taggeist" wurde noch erheblich übertroffen von seinem „Arbeiterfeuilleton", das er von München aus jahrelang herausgab, und das für die gesamte Parteipresse die wertvollsten literarischen Beiträge lieferte. Als er Ministerpräsident von Bayern wurde, wandte er sich mit besonderer Liebe an die Künstler und die Kunst, hielt Vorträge über die Sozialisierung des Theaters und vertiefte sich in alle Probleme der Bühne, die er aus einer kapitalistischen Vergnügungsstätte wieder zu einem Tempel der künstlerischen Weihe und Andacht umwandeln wollte.

In der achtmonatlichen Haft, die ihn bis zum Ausbruch der Revolution im Gefängnis hielt, vollendete er in großer Fruchtbarkeit eine neue Schriftensammlung „Die Träume des Propheten", und demnächst werden bei Paul Cassirer, Berlin mehrere Bände Aufsätze von ihm erscheinen, über deren Titel er noch wenige Tage vor seinem tragischen Tode mit dem Verleger unterhandelte. Eine Stelle aus dem Werk, die sich mit Beethovens „Neunter Sinfonie" beschäftigt, scheint uns für Eisners idealistische Lebensauffassung besonders bezeichnend:

„Erst wer das gemeine Leben ganz verloren, so scheint es, ist berufen, das höhere, reinere, das wahre Leben zu erschaffen, das in der großen Kunst sich abbildet. Und einem solchen Märtyrer künstlerischen Schaffens wird auch jener geheimnisvolle Weitblick zu eigen, der ihn befähigt, in den Eingebungen seines Genies die Visionen der Menschheit, des Erdenschicksals zu gestalten. Das ist das eigentliche Wunder der Ewigkeitskunst. Jede Zeit findet in ihr aufs neue sich offenbart. Lodet euch heute bei Shakespeare zu Gaste und ihr werdet in jedem Worte Deutung und Lösung finden für all das Furchtbare, Unbegreifliche, was euch heute bedrückt. Und wenn ihr ganz ratlos und verzagt geworden, so rettet euch in die Neunte Sinfonie Beethovens, und ihr werdet auf einmal dieser qualvollen Gegenwart euch klar bewußt und findet aus Wirrnis, Pein und Zerstörung den rettenden Ausweg . . ."

Als am 18. März 1905 die Neunte Sinfonie durch die Berliner Freie Volksbühne zum erstenmal vor Arbeitern sprach, schrieb Eisner diese Sätze:

„War einst für den Weitblickenden die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wichtiger als die Schlacht bei Königgrätz, so darf man heute kühnlich sagen: Was bedeutet die Schlacht bei Mukden neben dieser Siegesfanfare des zur Menschheit erwachten Proletariats! Die große Kunst flüchtete einst zu Wort und Ton, um das Leben vergessend ertragen zu können. Das Idealreich der Kunst stand fremd und verabscheuend neben dem Leben, das nichts mit ihr gemein hat. Die Kunst ist nicht mehr Flucht aus und vor dem Leben, sondern das Leben selbst. In dem gewaltigen Klassenkampf des Proletariats glüht der Götterfunke der Freude, der aus der Gesellschaft des Elends und des Zufalls zu dem Kunstwerk der neuen Gesellschaft leuchtet."

Kurt Eisner war ein Kämpfer für Reinheit unter den Menschen und in der Kunst. Und gerade auch die Kunst, der er Bahnbrecher und Wegbereiter sein wollte, hat in ihm einen glühenden Apostel und Propheten verloren.

Zukunftsmusik.

Zukunftsmusik findet heute gläubigere Ohren denn je. Und sollte diese chaotische aller Zeiten nicht wirklich die neuen Formen in sich tragen, die das zum Bewußtsein erwachende Sehnen der Unzähligen ahnt? Kapellmeister Hermann Scherchen, der in diesem Winter in einer Reihe von Konzerten mit zeitgenössischen Werken der jüngsten Kunst viele Freunde erkämpft hat, ist ein guter Wegführer ins musikalische Neuland. Die eigenartig zwingende Kraft seiner Ausdeutung der „revolutionärsten" Musik offenbart viel vom Geiste ihrer oft so fremdartigen Klänge. Immer wieder nimmt dieser Musiker aufs stärkste gefangen, dessen Ausdrucksformen dem charakteristischen Rhythmus der Bewegungen verwandt scheint, in denen auf den Bildern der jüngsten Generation ein neues Lebensgefühl, sich in Qual und Seligkeit über die Welt des Sichtbaren hinausdrängen will. Das III. Konzert, das Kapellmeister Scherchen in der Singakademie gab, nannte sich ein wenig akademisch: „Die Entwicklung des modernen Kammerorchesters". Nach Richard Wagners Siegfried-Idyll hörten wir eine Kammersinfonie des Wiener Arnold Schönberg aus dem Jahre 1906. Diese Musik darf nicht an gewohntem Maßstabe gemessen werden. Das ist nicht Schicksalsmusik, nicht Seelenmusik, nicht Lied noch Tanz: das ungeformte Leben selber scheint in ihr zu toben, zu stammeln, elementarisch zu raunen und jubilierend zu vertrömen. Wer dieser rhythmisch und harmonisch ganz eigenen Schöpfung voraussetzungslos gegenübertritt, wird sich der ungeheuren Energie, die sie ausstrahlt, nicht entziehen können. Franz Schrecker, der ebenfalls mit seiner in allerjüngster Zeit entstandenen Kammersinfonie zu Worte kam, hat nicht alle Brücken zur Vergangenheit abgebrochen. Die Art, in der die nur solistisch besetzten Instrumente verwendet werden, ergibt Klangwirkungen von außerordentlicher Schönheit und Eindruckskraft. Der Beifall, der auch den ausführenden Künstlern dankte, war ungeteilt und sehr herzlich. W. K.

Kunstkalender.

Zwei Vorlesungen von Adolf Behne: „Die neue Kunst" und eine „Einführung in die Kunst" mit Lichtbildern in der Georgenstr. 30-31. „Die neue Kunst": Montags 7 bis 8½ Uhr abends, die „Einführung": Dienstags 8—10 Uhr abends. Am Sonntag, den 16. März, beginnt Behne eine „Führung durch das Kaiser-Friedrich-Museum", 10—11½ Uhr vormittags. Alle drei Kurse umfassen fünf Doppelstunden. Karten in den meisten Buchhandlungen und an der Kasse.

Expressionistische Gemälde und Plastiken von William Wauer sind auf der März-Ausstellung des Sturm ausgestellt; Potsdamer Straße 134a, täglich von 10—6 Uhr.

Die nächste Erstaufführung der „Volksbühne" wird Nikolai Gogols Komödie „Die Heirat, Eine ganz unglaubliche Begebenheit in drei Bildern", sein.

Gerhart Hauptmanns Komödie „Der rote Hahn" gelangt am Sonnabend im Lessing-Theater zur Aufführung.

Im Komödienhaus gelangt Carl Rößlers und Roda Rodas Schnurre „Der Feldherrnhügel", neu einstudiert, am Sonnabend zur Darstellung.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin.

Ein Versuch der Einigung.

In Frankfurt a. M. hat eine bedeutsame Vollversammlung der Arbeiterräte stattgefunden, die sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Einigung des Proletariats gestaltete.

Gemäß den Frankfurter Verhältnissen, wo die Rechtssozialisten in der Mehrheit sind, hatten ihre Vertreter in erster Linie das Wort. Aber beide Redner, Brennecke sowohl wie Dr. Sinzheimer, sprachen sich durchaus für die Einigung und zwar für die Einigung nach links aus.

Aus ihren Reden zitieren wir noch der „Frankf. Volksstimme" die markantesten Sätze:

Im Zusammenhang mit einer scharfen Kritik an Weimar äußerte Brennecke die Ansicht, daß die Arbeiterräte fortbestehen müßten. Er stehe einem Rätekongreß sympathisch gegenüber, der der Regierung sowohl wie der Nationalversammlung als erstes ein Mißtrauensvotum auszustellen habe. „Die einzige Rettung liegt lediglich in der Einigung der sozialistischen Parteien", hob er ganz besonders hervor. Ein kräftiger Zwischenruf: „Nach links!" wurde laut. Brennecke reagierte darauf und sagte: „Gewiß nach links, keinesfalls nach rechts!"

Wenn nicht bald eine Verständigung zustande kommt, so erleben wir hier in Frankfurt dasselbe wie im Ruhrgebiet und anderen Teilen des Deutschen Reiches. Wir sind dann dem Untergang preisgegeben, und um das zu verhüten, müssen wir zu einer Einigung unter uns gelangen, und das geht nur, wenn wir schnell wie möglich den Rücktritt der jetzigen Regierung fordern und an ihre Stelle eine neue, rein sozialistische Regierung einsetzen.

Und Dr. Sinzheimer sagte:

Es ist richtig, was Genosse Brennecke sagte, man fühlt instinktiv, daß allein die politische Demokratie nicht leistungsfähig genug ist. So mancherlei Dinge können dies zur Genüge beweisen. Unser gesamter Verwaltungsapparat ist der alte rückständige geblieben. Und wenn man den Herren in Weimar zuhört, so faßt man sich an die Stirn und fragt: „Ja, über was reden die denn eigentlich?" Aus all diesen Begleiterscheinungen, und nicht zuletzt aus Weimar heraus, ist das Problem unserer Zeit entstanden, und das heißt: „Arbeiterräte!" Die ganze weitere Entwicklung ist von dem Standpunkt der Regierung den Arbeiterräten gegenüber abhängig. Mitverwaltung in den Betrieben, Mitverwaltung in der gesamten Industrie, einheitliche Zusammenfassung der Arbeitervertretungen in den Betrieben, das ist's, was nottut. Der Arbeiterrat muß als Kontrollorgan in der ganzen Verwaltung eingegliedert werden, um sie zu demokratisieren und zu entkapitalisieren. Den Arbeiterräten muß Einfluß gegeben werden auf die Entscheidungen des politischen Parlaments. Wenn das deutsche Volk, so schloß der Redner, noch eine Zukunft haben soll in sozialistischer und freiheitlicher Hinsicht, so kann es diese nur erreichen durch eine Einigung der Arbeiterschaft. Kommt diese Einigung nicht zustande, so ist das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft und des ganzen Volkes besiegelt. Gewiß kann hier nur von einer Einigung nach links die Rede sein, davon bin ich im tiefsten Innern überzeugt. (Stürmischer Beifall.)

In den dann von den Rechtssozialisten eingebrachten und angenommenen Richtlinien heißt es:

Die Vollversammlung des Arbeiterrates Frankfurt a. M. vertritt mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß durch die politische Verfassung die Tätigkeit der Arbeiterräte nicht ausgeschaltet ist. Die Arbeiterräte sind Kontrollorgane der Verwaltung und Organe der Sozialisierung. Auch in einer vollständigen Demokratie muß Raum für diese Tätigkeit geschaffen werden, wenn die Lebensinteressen der Arbeiter zur Geltung kommen sollen. Die Versammlung fordert beschleunigte Einberufung der Rätekonferenz. Wir protestieren dagegen, daß von der Reichsregierung versucht wird, ohne Fühlung mit den Arbeiterräten über das zukünftige Schicksal der Arbeiterräte zu entscheiden. Die Arbeiterräte in Deutschland sind kraft revolutionärer Rechte entstanden. Ihr Bestand wird durch die bisherige Gesetzgebung in keiner Weise berührt. Der Arbeiterrat in Frankfurt a. M. setzt daher seine bisherige Tätigkeit fort und ruft alle Arbeiter und Angestellten erneut auf, ihn noch weiter zu unterstützen.

Ein anderer, von unabhängiger Seite eingebrachter, aber später zurückgezogener Antrag hatte folgende Fassung:

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die durch die Revolution geschaffene Verkörperung der politischen Macht. Es muß daher das Bestreben der gesamten werktätigen Bevölkerung sein, diese Macht zu festigen und zu erhalten, denn nur dadurch wird es möglich sein, die Sozialisierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens durchzuführen. Dies bietet aber auch zugleich die einzige Möglichkeit, den Produktionsprozeß wieder in Gang zu bringen und den sonst unausbleiblichen Ruin zu verhindern.

Gegenüber den gegenrevolutionären Absichten, die Arbeiterräte aufzuheben oder sie zum Schattendasein zu degradieren, sind alle wirtschaftlichen Machtmittel der Arbeiter mobil zu machen.

Die Versammlung spricht der Nationalversammlung das Recht ab, über die Arbeiterräte zu entscheiden. Die Regierung hat sofort zurückzutreten und eine aus den drei sozialistischen Parteien bestehende Regierung ist zu bilden.

Zur definitiven Entscheidung ist der Zentralkongreß der Arbeiterräte Deutschlands sofort einzuberufen.

Groß-Berlin.

Das Verkehrselend.

Große Erschwerungen für die erwerbstätige Bevölkerung hat das Versagen des Verkehrs mit sich gebracht. Nach Aufhebung des Generalstreiks ruhte der Verkehr nach wie vor. Für diejenigen, die einen weiten Weg zu ihrer Arbeitsstätte hatten, bedeutete die Einstellung des Straßenbahnverkehrs und das Zurücklegen des Weges zu Fuß eine große körperliche Anstrengung, zumal man die schlechten Ernährungsverhältnisse in Betracht ziehen muß. An vielen Stellen der Stadt fanden sich Fuhrwerke der verschiedensten Art ein, die in der primitivsten Weise das Publikum beförderten und deren Besitzer gute Geschäfte machten. Am schlimmsten waren alle die daran, die in Vororten wohnen oder umgekehrt dort arbeiten. Ihnen ist noch heute vielfach der Weg zur Arbeitsstätte unmöglich. Im Westen und Nordwesten der Stadt setzte heute vormittag der Straßenbahnverkehr langsam ein. An verschiedenen Stellen der Stadt sind Arbeiter damit beschäftigt, die zerschossenen Leitungsdrähte wieder in Ordnung zu bringen. Aber auch wenn die notwendigen Reparaturen vorgenommen sein werden, wird in den mit Militär besetzten Vierteln die Aufnahme des Straßenbahnverkehrs wegen der sinn- und planlosen Schießerei und mit der damit verbundenen Lebensgefahr noch nicht möglich sein. Die Hoch- und Untergrundbahn ist seit Sonnabend in Betrieb. Sie hält in der Klosterstraße und am Alexanderplatz nicht, ist aber so überfüllt, daß die Benutzung mit Lebensgefahr verbunden ist.

Sehr schlimm daran sind die Arbeiter, die in entfernten Vororten arbeiten. Den Weg zu ihrer Arbeitsstätte zu Fuß zurückzulegen, ist oft nicht möglich, sie wären sonst den ganzen Tag unterwegs. Auskunft ist nicht zu erhalten. Der Vollring fährt nicht über Frankfurter Allee, weil dort der Verbinder unter Feuer steht. Viel Tausende von Arbeitern, die in Königswusterhausen und Zeesen arbeiten, können seit Montag nicht an ihre Arbeitsstätte kommen. Täglich begeben sich diese Arbeiter nach den Bahnhöfen Wedding, Gesundbrunnen und anderen Stationen, um zu erfahren, wann der Zugverkehr beginnt. Es ist ihnen nicht möglich, näheres zu erfahren. Da wird soviel geredet, daß die Arbeiter die Produktion in Gang bringen sollen. Es sollen Werte geschaffen werden, aber die Möglichkeit dazu wird von der Regierung und ihren Truppen selber unterbunden.

Unter dem Belagerungszustand der Noskegarde leidet alles. Diejenigen, die arbeiten wollen, werden daran gehindert, daß sie zur Arbeit nicht kommen können. Und dann schimpft man noch auf die Arbeiter, anstatt sich an die eigene Brust zu schlagen.

Ein rückschrittliches Stadtoberhaupt.

Die städtischen Hilfskräfte des Magistrats Charlottenburg, die zweifellos mit zu den schlechtbezahltesten Angestellten rechnen können, hatten sich vor kurzer Zeit durch den Verband der Bureauangestellten an den Magistrat von Charlottenburg gewendet und um Aufbesserung ihrer kläglichen Gehälter gebeten. Dabei wurde der Wunsch geäußert, daß bei eventuellen Verhandlungen ein Vertreter des Verbandes hinzugezogen werden sollte. Es wird bemerkt, daß diesem Ersuchen seitens der übrigen Gemeinden Groß-Berlins fast überall stattgegeben worden ist und daß die Verhandlungen mit dem Verband zu günstigen Resultaten geführt haben. Herr Oberbürgermeister Dr. Scholz dagegen kann sich nicht entschließen, mit einem Verbandsvertreter zu verhandeln, da, wie er annimmt, rechtliche Bedenken dagegen bestehen. Es ist wohl erlaubt, den Herrn Oberbürgermeister auf die Bestimmung des § 18 letzten Absatz der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 darauf hinzuweisen und hoffen, daß dieser öffentliche Hinweis nunmehr genügen wird, Herrn Dr. Scholz von seiner irrigen Ansicht zu befreien.

Der neue Geist in der Schule.

Uns wird geschrieben: Eine derjenigen Schulen, in denen der alte Geist noch ungebrochen fortgezüchtet wird, ist die städtische Fürstin Bismarckschule in Charlottenburg. Die Kinder der 9. Klasse mußten, um die Deklamation zu erlernen, folgende Sätze schreiben:

Wer ist reich?	Der Fürst ist reich.
Wessen Land ist groß?	Des Fürsten Land ist groß.
Wem gehorcht das Volk?	Dem Fürsten gehorcht das Volk.
Wen liebt das Volk?	Den Fürsten liebt das Volk.

Geschehen drei Monate nach der sogenannten Revolution. Ein Beweis dafür, wie notwendig sie in der Schule ist, da sie bis dahin noch nicht gedrungen ist.

Dieselbe Lehrerin, welche diese Beispiele benutzte, sagte am Tage des Waffenstillstandes zu den Kindern: „Ich habe unsern Kaiser lieb, wer von euch ihn nicht lieb hat, soll sich melden." Anstatt den Kindern die große Bedeutung dieses Ereignisses klarzumachen, und ihnen zu sagen, daß von nun an keiner mehr totgeschossen wird, zieht sie es vor, achtjährige Kinder nach ihren Gefühlen für den Kaiser zu fragen, von dem sie wissen, daß er existiert, daß aber von Liebe zu ihm gar keine Vorstellung vorhanden sein kann.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Herren im Kultusministerium daran denken, die so brennend nötige und überaus wichtige Reform des Geistes in der Schule anzubahnen.

Die Einziehung der Gasstrafen für die letzten Monate des verflossenen Jahres oft vom August ab ruft unter den von dieser Maßnahme Betroffenen lebhafte Aufregung und Erbitterung hervor. Besonders hart getroffen werden die vielen kleinen Leute, die in Ermangelung anderen Heiz- und Beleuchtungsmaterials mehr Gas verbrauchen mußten, als ihnen nach den Bestimmungen zustand. Wir halten diese Maßnahme noch heute für unsinnig, zumal die Einziehung der Gasstrafe jetzt nach einem halben Jahre erfolgt. Es wurde seinerzeit versichert, daß mit der Einziehung dieser Strafen sehr milde verfahren werden sollte und daß die kleinen Leute auf ihren Antrag hin Aussicht hätten, von der Zahlung der Strafe befreit zu werden. Antragsteller sollten sich an die Kohlenstelle in der Linkstraße wenden. Dort scheint man aber sehr bureaukratisch zu verfahren. Das sollte anders werden.

Die Einführung der neugewählten Stadtverordneten erfolgt am Donnerstag. Hoffentlich kommen diesmal die neuen Herren und Damen noch dem Rathause, um ihre Arbeit endlich aufnehmen zu können. Die Deputationen müssen neu besetzt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Neugewählten in ihr Amt eingeführt sind.

Die militärische Besatzung der Lindenbruckerei, die der „Freiheit" und der „Republik" seit Sonntag abend gewidmet war, hat uns heute mittag verlassen. Zuletzt waren es noch 18 Mann mit einem Maschinengewehr, die dem Regiment Reichstag angehören.

Tempelhof. Am 6. März fand die erste Sitzung der neuen Gemeindevertretung statt. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen brachten folgende Resolution zur Beratung: „Die am 23. Februar 1919 erfolgte Neuwahl der Gemeindevertretung hat eine andere Zusammensetzung ergeben als bisher. Die jetzt noch amtierenden Mitglieder des Gemeindevorstandes sind von der aus dem Dreiklassenwahlsystem hervorgegangenen Gemeindevertretung gewählt worden, besitzen also offenbar entsprechend dem Ausfall der letzten Gemeindevertreterwahl nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung Tempelhofs. Die Unterzeichneten erwarten deshalb, daß die unbesoldeten Schöffen sofort ihre Aemter niederlegen, damit von der jetzt amtierenden Gemeindevertretung eine Neuwahl vorgenommen werden kann. Gegen die Beibehaltung der Aemter durch die besoldeten Gemeindevorstandsmitglieder können wir aus dem Grunde nichts einwenden, weil wir der Bevölkerung nicht die Kosten aufbürden wollen, die aus der Pensionierung dieser Herren entstehen würden. Die Unterzeichneten verpflichten sich, die in der Gemeindevertretung vertretenen Parteien entsprechend ihrem Stimmenverhältnis an dem Gemeindevorstand zu beteiligen. Nach längerer Debatte, in welcher von den unabhängigen Sozialdemokraten die Genossen Schmidt, Irrgang und Becker das Verhalten der bürgerlichen Parteien und des Gemeindevorstandes kennzeichneten, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen die Resolution abgelehnt. Der Gemeindevorstand gab den Ausschlag und stimmte gegen die Resolution, stellte sich also selbst ein Vertrauensvotum aus. Der Gemeindevorstand in Tempelhof nutzt somit seine Macht im Verein mit den neugewählten 11 bürgerlichen Herren (es sind auch Demokraten dabei) aus, um die Mehrheit der 13 sozialdemokratischen Vertreter in eine Minderheit zu verwandeln. Der Wille der Bevölkerung ist dadurch gefälscht. Die preußische Regierung hätte die Pflicht, schnellstens die alten Gemeindevorstände aufzulösen. — In derselben Sitzung sollte eine elfgliedrige Statkommission gewählt werden. Man war so gnädig und wollte den Sozialdemokraten fünf Sitze überlassen. Die sozialdemokratischen Vertreter ihrerseits machten deshalb keine Vorschläge. Es wurde eine Kommission von 6 bürgerlichen Vertretern gewählt. Der Beschluß, eine elfgliedrige Kommission zu wählen, kam nicht zustande. Der Arbeiterrat hat deshalb die Wahl der Kommission beanstandet und Beschwerde bei seiner vorgesetzten Stelle eingereicht.

Kremmen. Unter Bezugnahme auf den in Nr. 101 der „Freiheit" veröffentlichten Artikel mit der Ueberschrift „Rowdytum" ersucht uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes der Dampfschneidemühlenbesitzer Herr Kurt Kriesell um Aufnahme folgender Berichtigung: „Es ist nicht wahr, daß ich Richard Nobel einen Browning auf die Brust setzte und ihm mit Erschießen drohte. Wahr ist vielmehr folgender Sachverhalt: Ich habe am Sonntag, den 23. Februar 1919, als ich mich auf meinem Zimmerplatz befand, einen mir unbekannten Mann, der an meinem Stichkanal entlang nach dem Schöpfgraben zu ging, angerufen und ihn aufgefordert, mein Grundstück zu verlassen. Der Mann kehrte sich nicht daran und ging weiter. Auf meinen zweiten Anruf kehrte er sich um und sagte: „Ich gehe, wo ich will." Ich ging jetzt dem Manne nach und zog, als ich in seiner Nähe war, meine ungeladene Browningpistole aus der Tasche, um meinen Worten größeren Nachdruck zu verschaffen und mich vor Angriffen zu schützen, da der Mann einen starken Knüppel hatte. Ich hielt die Pistole mit herabhängendem Arm, die Mündung nach unten gerichtet, und forderte jetzt den Mann nochmals auf, sofort das Grundstück zu verlassen. Jetzt erst bequemte er sich, wieder zurückzugehen, indem er noch sagte: „Na, wenn es wo anders gewesen wäre, hätten Sie längst im Kanal gelegen." — Ich besitze einen polizeilichen Erlaubnisschein zum Tragen von Schußwaffen, da während des Krieges und besonders in der letzten Zeit häufig Diebstähle auf meinem Zimmerplatz vorgekommen sind." — Damit werden unsere damaliger Ausführungen im wesentlichen bestätigt. Daß sich Herr K. mit einer ungeladenen Pistole vor einem Angriff schützen wollte, wird er keinem Menschen einreden können.

Aus den Organisationen.

Friedenau. Die Zahlabende finden in folgenden Bezirkslokalen statt: 1. Bezirk bei Gürlich, Rheinstr. 81; 2. Bezirk bei Spieß, Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstr.; 3. Bezirk bei Klabe, Handjerystr. 60/61; 4. Bezirk bei Hujahn, Stubenrauch-, Ecke Wilhelmhöher Straße; 6. Bezirk bei Pöhlmann, Maßmannstr. 7. Dienstag, den 18. März, Mitgliederversammlung im Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 64. — Montag, den 31. März, Frauenleseabend, bei Klabe, Handjerystr. 60/61.

Freie Jugend Groß-Berlin. Die Betriebsvertretersitzung fällt am Donnerstag aus. Nachricht folgt. Zentralvorstandssitzung am Montag.

Briefkasten.

A. K. 100. Der Brief ist der Fraktion in Weimar überwiesen worden.

Bei der Redaktion eingegangene Druckschriften.

Bruno Taut. Ein Architekturprogramm. Flugschriften des Arbeiterrats. Für Kunst. Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 78.

Ulrich Steindorf. Die Irren. Drei Aufzüge. Verlag Paul Cassirer, Berlin 1919. Geheftet 7,50 M., gebunden 9,50 M.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Die Erzählungen aus den tausend Nächten und der einen Nacht.

Keine Jugendausgabe.

Die berühmten orientalischen Liebesgeschichten mit entzückenden Bildern von Bayros.

Preis geheftet M. 12.—, gebunden M. 15.—

Ein hüllt in den prangenden Schleier blühendster Sinnenfreude und farbigster Schilderungen, bieten sie dem Erwachsenen für den die Ausgabe bestimmt ist, Stunden unerschöpflichen Genusses.

Ferner liegt auf:

Mutter

Ein Mitternachtsroman

.... kein Roman, sondern bittere Wahrheit — ein Buch, das tief erschüttert.

Preis geheftet M. 8.—, gebunden M. 11.—

Zu beziehen durch:

Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27.

Abteilung 8.